Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.56 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 8 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 230. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 28. Oktober 1933. | 15. Jahrgang.

Frage nicht, was andre machen,
Acht auf deine eignen Sachen.

Aus dem Reiche des Faschismus.

Die Getreideschlacht ist gewonnen. — Italien vom Geburtenrückgang erfaßt. — An der Schwelle des XII. Jahres. Der Pressegewaltige.

Seit 1927 dauert die Getreideschlacht an. Ziel dieser Schlacht war, die Ernährung des italienischen Volkes aus eigener Kraft sicherzustellen. Mühevoll war die Aufgabe. Schwer waren die Anstrengungen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des heimatlichen Grund und Bodens. In den Jahren 1921—1926 betrug der Ertrag pro Hektar im Durchschnitt 11,6 Doppelzentner. Dank der zähen und zielbewußten Arbeit der faschistischen Regierung und des freudigen Eifers des italienischen Bauern konnte in den Jahren 1927—1932 ein Durchschnittsertrag von 13,2 Doppelzentnern pro Hektar errechnet werden. Voriges Jahr ist der Durchschnittsertag auf 15,2 Doppelzentner pro Hektar beziffert worden. Allerdings waren die Ergebnisse — was auch nicht anders zu erwarten war — nicht einheitlich. Während die Lombardei und die Emilie Rekordleistungen aufzuweisen hatten, waren die Ergebnisse u. a. in den Abruzzen, in Sardinien und Sizilien nicht so ganz zufriedenstellend. Dennoch sind sie bei guten und schlechten Jahren ständig gestiegen. Gegenüber dem Stand der Jahre 1909—1914 soll die Zunahme etwa 50 % bei einem Bevölkerungszuwachs von 20 % betragen haben.

Der Jahresbedarf an Getreide wird in Italien auf *etwa 80* Millionen Doppelzentner beziffert. Die Ernte *vorigen* Jahres brachte 75 Millionen Doppelzentner, so daß *lediglich* 5 Millionen Doppelzentner eingeführt zu werden brauchten. Die Ernte dieses Jahres ist wesentlich besser als im Vorjahr. Es besteht daher die Gefahr, daß ein Ueberschuß erzielt wird. Schon diese Aussicht hat unerfreuliche Folgen gehabt. Der Preis, der bis vor kurzem um 82,— Lire für einen Doppelzentner lag, ist an der Getreidebörse in Mailand in den letzten Tagen auf 52,— Lire heruntergesackt. Eine gewisse, nicht unberechtigte Besorgnis hat bei den italienischen Bauern Platz gegriffen. Die Regierung verfolgt die Entwicklung gelassen, doch wird sie nicht umhin können, Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft entweder durch Aufspeicherung des Ueberschusses oder durch Preisfestsetzung zu erlassen. Das letztere scheint nicht das richtige Mittel zu sein, um die Schwierigkeiten zu bannen. Außerdem tauchen wirtschaftliche Schwierigkeiten am Horizont auf. Scheidet Italien als Abnehmer für den Getreideüberschuß von Ungarn, Rumänien, Rußland usw. aus, dann werden diese Länder ihrerseits die Einfuhr italienischer Erzeugnisse nicht finanzieren können. Ein unvermeidlicher Ausfuhrausfall und eine weitere Industrialisierung anderer Länder werden die unabwendbaren Folgen sein.

Zu diesen Schwierigkeiten gesellen sich andere Sorgen. Italien, das fast ständig an Bevölkerung zunahm, ist vom Geburtenrückgang erfaßt worden. Während im Jahre 1924 die Geburtenziffer mit 29 für 1000 Einwohner betrug, belief sich diese im Vorjahre auf 23,8. Besonders augenscheinlich ist der Rückgang bei Bessergestellten. Auch hier scheinen materialistische Gedankengänge Wurzel gefaßt zu haben. Und so stößt der „Popolo d'Italia" einen Hilferuf aus. Italien, so schreibt das Blatt, mit seinen 42 Millionen Menschen steht einer slavischen Welt von 200 Millionen mit einem besorgniserregenden Zuwachsrhythmus von 8—10 Millionen jährlich entgegen. Wenn bald kein Wandel eintritt, wird Italien vom Slaventum erdrückt werden."

Trotz allem rüstet Italien fieberhaft zur 12. Wiederkehr des Marsches auf Rom. Wie sonst bei diesem Anlaß üblich, so werden auch dieses Mal große Feierlichkeiten, Einweihungen usw. stattfinden.

Die Schnellzuglinie Bologna—Ferrara wird am 28. Oktober eröffnet. Eine Reihe von Grundsteinlegungen werden vollzogen. Die Veranstaltung von Kunstausstellungen, die Eröffnung der Kammer und des Senats am 11. Dezember und die Einberufung des Parteirates im Januar sind außerdem vorgesehen.

Dann soll die neue Via Triumphalis, die vom Konstantinbogen bis zur Via Appia geht, dem Verkehr übergeben werden. 20 000 Kriegsteilnehmer, die sich ausgezeichnet haben, werden am Tage der Uebergabe durch die großartig angelegte Straße ziehen. Außer der alljährlich wiederkehrenden Aushebung der Miliz, dem Fest der Arbeit, soll ein neues Fest von nun an feierlich begangen werden: der Tag der Mutter und des Kindes am 24. Dezember.

Wir geben zu, daß Italien seit der Uebernahme der Macht durch den Faschismus mehr Feste feiert als bisher. Der Italiener aber liebt das. Seine Feiern enden aber nicht wie oft bei uns in einer Wirtschaft. Was hervorzuheben verdient, ist die unwiederlegbare Tatsache, daß die jedes Jahr am 28. Oktober für das kommende Jahr festgesetzten Termine auch eingehalten werden. Das war früher nicht der Fall. Und so wird nach und nach das italienische Volk an Pünktlichkeit und Ordnung gewöhnt.

Bei allen diesen Feierlichkeiten spielt die Presse eine überragende Rolle. Mussolini pflegt bei allen Veranstaltungen vom Chef des Presseamtes begleitet zu sein. Dieser übt eine gewaltige Macht aus. Er gibt an, was aus dem Bankett, der Einweihung usw. an die Oeffentlichkeit dringen darf. Jeden Tag zu einer bestimmten Stunde gibt sein Büro allen großen Zeitungen die Meldungen und die Auffassung der Regierung durch, bestimmt, was hervorgehoben und was so nebenbei erwähnt werden darf. Besondere Referenten für Sport, Kunst usw. erteilen dann ihre Weisungen, die aufs peinlichste befolgt werden müssen. Die öffentliche Meinung wird vom Chef des Presseamtes gemacht. Er darf an allen Ministerbesprechungen teilnehmen und steht im Rang eines Ministers. Der gegenwärtige Pressegewaltige ist Galeazzo Ciano, der Schwiegersohn Mussolinis. E. F. K.

Brief aus Baden.

Es war schon lange meine Absicht, einmal im Zusammenhang die Badischen Schulverhältnisse zu besprechen. Das darum, weil diese nicht etwa bloß für Baden allein belangreich sind. Nein! Unsere Schule ist wert, auch in ganz Deutschland gekannt zu werden. Was bei uns in Baden geschieht, ist ohnehin bereits zum Anstoß der Nachahmung im ganzen Vaterland geworden. Bei der Hochschule wird hiervon zu reden sein.

Zunächst also die Volksschule. Daß wir auch im Dritten Reich die Gemeinschaftsschule behalten werden, war vorauszusehen. Es ist auch nicht anzugeben, weswegen wir zu einer völlig neuen Schulgattung übergehen sollten. Diese haben auch ihre Fehler, so käme es nur darauf an festzustellen, welche Unvollkommenheiten der verschiedenen Schulformen schwerer ins Gewicht fielen, was bekanntlich dann zu langwierigen und schließlich zwecklosen Auseinandersetzungen führen müßte. Daran kann heute, wie gesagt, niemand eine Freude haben. Dagegen regte die Lehrerschaft des Mosbacher Schulbezirkes eine andere Aenderung an. Und da kann jeder nur freudigst zustimmen. Ich darf sogar noch mehr sagen: Ich war schon lange von mir aus auf ähnliche Lösungen gekommen, vorerst nur für den begrenzten Stoff der Kirchengeschichte im Religionsunterricht. Nun wollen unsere Lehrer in der ganzen Unterweisung neue Wege gehen. Und worin sollen sie bestehen? Um es kurz zu sagen: Der Unterricht von heute oder der Unterricht bis heute war viel zu allgemein! Heimatbedingtheit wünschen unsere Lehrer. Es gehe nicht mehr länger an, daß u. a. die Stadtschule und die Dorfschule den gleichen Lehrplan habe und vor allem die Dorfschule so stark wissensmäßig, wie die Stadtschule aufgebaut sei. Sei schon der Schüler auf dem Dorfe weit praktischer veranlagt als der Stadtschüler, dagegen weit weniger in der Lage, sein Können und Empfinden gedanklich und mit Worten zum Ausdruck zu bringen, so müsse die Dorfschule auf diese seelische Verschiedenheit auch hinsichtlich des Lehrplanes Rücksicht nehmen. Dazu komme, das Landvolk lebe weit mehr erdverbunden und geschichtsverwurzelt, als der hin- und hergewehte Städter mit seiner weitreichenden Heimatlosigkeit. Auch darauf müsse sich der Dorfschullehrplan entsprechend einstellen. Diese und ähnliche Gedanken sind sicher als Kinder unserer Zeit geboren, haben aber viel Richtiges und lassen sich nicht wegweisen.

Ist einmal damit ernst gemacht, so wird aber gewiß auch der Religionsunterricht, im besonderen der bei uns in den oberen drei Volksschulklassen erteilte kirchengeschichtliche Unterricht da mittun müssen. Es geht doch nicht an, daß unsere Dorfkinder mit den alten Kirchenvätern, Hieronymus, Chrysostomus, selbst Augustin und anderen gewiß für den Unterricht fruchtbar zu gestaltenden Männern, vor allem auch mit den altchristlichen Märtyrern zusammengebracht werden und nicht wissen, was sich jeweils auf dem gleichen Boden, auf dem sie leben, abgespielt hat. Was für Märtyrer des Glaubens auch aus ihrem Blute hervorgegangen sind und wieviel Heimatboden nicht minder gedüngt wurde mit dem Blute derer, die für Glaube und Heimat gelitten und gestorben sind. Es geht ferner nicht an, daß sich die baulichen Zeugen der Vergangenheit und weit entlegener Länder mit Mühe und Not den Kindern einprägen, allein von der Geschichte des eigenen Gotteshauses und anderer kirchengeschichtlich wichtiger Bauten so gut wie gar nichts bekannt ist, weder das Baujahr, noch das Jahr einer etwaigen Wiederherstellung oder eines Umbaus oder das Aussehen der Glocken oder das Jahr ihrer Anschaffung oder die Einführung der Reformation im Ort und im Kreis oder die Namen der hierfür verdienten Männer, die Namen besonders verdienter Pfarrer, die Lage des früheren, vielleicht längst vergessenen Friedhofes und dergl. mehr. Gewiß haben das verschiedene Pfarrer schon immer gelehrt. Aber mehr als ins Belieben der Pfarrer ist das alles bisher nicht gestellt worden. So ist wie gesagt zu hoffen, daß die Heimatbedingtheit der Volksschule als Ganzes auch dem Religionsunterricht und damit dem kirchlichen Leben einige Früchte abwerfen werde.

Unsere höheren Schulen, wie Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen haben gleichfalls eine Neuerung geplant. Eigentlich eine Wiedereinführung einer früheren und nur durch die Weimarer Jahre abgeschafften Sitte. Wir hatten in Baden seit Menschengedenken die Schuljahre auf Herbst geschlossen. Dann haben die Weimarer gemeint, man müsse sich nach Preußen und dem übrigen Deutschland richten. Einwände wurden zwar gleich geltend gemacht, vor allem die Zerreißung des Schuljahres durch die großen Sommerferien und anderes mehr. Aber berücksichtigt wurden diese Einwände nicht. Männer, die zur gegebenen Zeit dem Badischen Lande längst den Rücken gekehrt haben, hinterließen uns dies Kuckucksei und die Erwartung, was dabei herauskäme. Es scheint, unsere neue Regierung hat schon sehr bald gemerkt, wie wenig eigentlich herausgekommen ist. Sie will wieder den Herbstschluß einführen und vielleicht sogar die übrigen Länder auch ihrerseits dazu bringen. Doch ist darüber das entscheidende Wort noch nicht gefallen. Man weiß auch nicht, wird wenigstens in Baden schon in diesem Jahr die nötige Verlängerung von Ostern bis Herbst angehängt oder erst im kommenden. Jedenfalls, wer unsern tatkräftigen Unterrichtsminister kennt, der weiß, er wird sich nicht von seinem Plan abbringen lassen, wenn anders er ihn einigermaßen als für die Gesamtheit förderlich erkannt hat.

Das sehen wir in seiner Fürsorge für die Künstler und die Kunstschule noch deutlicher. Vergeblich wird man im alten Staat nach einer Anregung suchen, wie sie jetzt mit andern Badischen Führern eben der Unterrichtsminister gegeben hat. Es sollen badische Gestalten, badische Landschaften und Sagen nach bestimmten Angaben oder freien Erfindungen, jedenfalls aber auf künstlerisch vollkommener Höhe stehend, eingereicht und damit die badischen Künstler zu vermehrtem Schaffen angeregt, die badische Oeffentlichkeit in den Besitz heimatlich wertvoller Kunstwerke gebracht werden. Daneben ist auch unsere Kunstschule, die früher einmal unter Schirmer u. a. m. einen bedeutenden Namen selbst neben München gehabt hat, nunmehr unter die Leitung des einstigen Hans Thoma-Schülers, Professor Bühler, gestellt. Unter ihm soll die Schule sich wieder mehr an das allein Lehrbare in der Kunst halten, in der richtigen Voraussetzung und Erkenntnis, daß zunächst kein Meister vom Himmel gefallen ist, andererseits das Letzte in der Kunst nicht in der Schule gelernt und gelehrt werden kann. Das erste aber, eine gewisse Grundlage, ein Blick für das notwendig Gegebene muß der angehende Meisterschüler beherrschen. Dann erst mag er in die Meisterklasse eintreten. Man sieht, das sind alles andere Dinge, wie etwa bloß badische Begrenztheiten. Das sind Voraussetzungen zur Wiedergesundung der vielfach in der letzten Zeit nicht nur erkrankten Kunst, ja, des verlorenen Kunstempfindens. Man braucht gar nicht erst die jüngst in der Badischen Kunsthalle zur Abschreckung veranstalteten Zusammenstellung solch ausgearteten Empfindens besucht zu haben, man weiß auch so, wie stark die deutsche Kunst verelendet war. Man weiß schließlich auch und versteht in dankbarer Anerkennung, warum es unserm Volkskanzler, selbst ein Künstler durch und durch, so ernst um die Wiedergenesung des künstlerischen deutschen Schaffens zu tun ist. So soll es über unsere badische Landesgrenze hinaus bekannt werden, daß auch Baden an diesem edlen Streben nicht nur nicht zurückstehen, sondern es auch schon von der Schule der Kunst aus zu fördern willens ist.

Gar nun unsere Hochschulen sind in einem Stück bereits, wie oben erwähnt, vorbildlich geworden. Als erste Hochschule in Deutschlands Gauen hat die älteste deutsche Hochschule, die Universität Heidelberg, erstmals mit der Sitte, den Rektor zu wählen, gebrochen. Seit ihrer Gründung im 14. Jahrhundert hat sie am 17. Nov. 1386 erstmals in Marsilius von Inghen ihren ersten Rektor gewählt und hat diese Sitte, auch wenn zur Zei.

der badischen Fürsten diese selber die Rektorwürde trugen und daher eigentlich nur die Prorektoren gewählt worden sind, im Laufe von 550 Jahren 681 mal von ihrem Rechte Gebrauch gemacht. Nunmehr schließt diese Sitte ab und getreu dem Führergrundsatz wurde der neue Rektor, Dekan Prof. Dr. Groh, zum unbefristeten Rektor durch die Regierung ernannt. Er ist Jurist und löst den letztgewählten Rektor, Professor Dr. Andreas, den Geschichtskenner und Darsteller von „Deutschland vor der Reformation" in seiner Würde ab. Ebenso werden die Dekane ernannt und sind dem Rektor verantwortlich. Mittlerweile ist in Freiburg mit Rektor Prof. Heidegger, dem bekannten Philosophen, und in Karlsruhe an der Technischen Hochschule mit Professor Dr. Kluge (Maschinenbau) das Heidelberger Verfahren in Baden nachgeahmt worden, um es sodann auch im Reich zu werden, soweit es dort nicht bereits geschehen ist.

Zum Schluß noch ein Wort über eine besondere Art von Schule, besser: Schulung, wie sie seit einigen Jahren der beim Evangelischen Oberkirchenrat angestellte Leiter des Evang. Presse- und Sozialamtes, Dr. Faber, durchführt. Von den zu Herrenalb veranstalteten Lehrgängen war in den Briefen aus Baden schon manchmal die Rede. Sein letzter hat besonders eingeschlagen. Denn erstmals ging er unter dem Gesamtgegenstand. „Kirche und Volk" und war nicht nur von ersten Kräften mit wertvollen Vorträgen ausgestattet, — das waren die früheren ja auch! — sondern es war auch N.S.B.O zur Teilnahme aufgeboten, zumal sich der Arbeitsführer für Südwest, Pg. Plattner, unter den Vortragenden befand. So hörten die Teilnehmer — etwa hundert an der Zahl und tagelang zu gemeinschaftlichem Leben in der Falkenburg vereinigt — viel Lehrreiches und Wertvolles über „Das Volk als Lebensordnung", als „Arbeitsordnung" und als „Aufgabe". Sehe ich recht, so war bloß der Heidelberger Privatdozent Dr. Wendland und Pfarrer Fiedler Theologen. Alles andere waren Rechtswissenschaftler, Volkswirte, Volkskundler und Arbeitsführer. Aehnlich dürfte die Zusammensetzung bei den Hörern gewesen sein. So ist schon nach außen hin der volksgemeinschaftliche Gedanke zum Ausdruck gekommen.

Bei Abschluß eines die Schule und das Schulwesen schildernden Briefes darf wohl auch eines Schulmannes gedacht werden, dessen Tätigkeit noch heute unvergessen ist. Es ist der im Freiburger Ruhestand lebende nunmehr achtzig Jahre alt gewordene Direktor Ed. Rebmann, der einst auch als Politiker und Führer der Nationalliberalen Partei dem Vaterland wertvolle Dienste geleistet hat. Fast auf den Tag seines 80. Geburtstages hat die von ihm einst geleitete und über die Klippen des Krieges und der ersten Nachkriegszeit gesteuerte Goetheschule in Karlsruhe das Fest ihres 25jährigen Bestehens feiern dürfen.

Der Bau der Autobahnen

Weitere Bauleitungen eingesetzt.

Außer den Bauleitungen in Frankfurt und München, die den Ausbau der Strecken Frankfurt a. M.—Mannheim und München—Reichenhall zu betreiben haben, besteht seit einigen Tagen auch eine Oberste Leitung für den Bau der Kraftfahrbahn (OBK.) Berlin—Stettin mit dem Sitz in Stettin.

Der Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen hat jetzt auf Grund der vorgelegten Vorentwürfe zwei weitere Strecken zur Einzelbearbeitung freigegeben. Es sind dies im Rheinland die Strecke Köln—Düsseldorf und eine Strecke in Ostpreußen. Der Einsatz weiterer Bauleitungen in Mitteldeutschland, im Ruhrgebiet und im Bereich der Hansestädte ist in Vorbereitung.

Die Wahlvorschriften

Erlaß des preußischen Innenministers

Der preußische Minister des Innern, Göring, hat in einem grundlegenden Erlaß an die nachgeordneten Behörden wichtige Richtlinien über die Durchführung der Reichstagswahl und der Volksabstimmung am 12. November in Preußen festgelegt.

Abstimmungszeit:

Die Abstimmungszeit ist danach grundsätzlich von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt. Für ländliche Stimmbezirke mit weniger als 1000 Einwohnern kann die Abstimmungszeit verkürzt werden, doch muß sie mindestens sechs Stunden betragen und darf nicht vor 7 Uhr, aber auch nicht nach 11 Uhr beginnen.

Auslegung der Wahllisten:

Hinsichtlich der Listenauslegung bestimmt der preußische Innenminister, daß diese in der Zeit vom 2. bis 6. November einschließlich zur allgemeinen Einsicht öffentlich auszulegen sind. Die Gemeindebehörden sind gehalten, die Auslegung in der ortsüblichen Weise bekanntzugeben.

Die Ausgabe von Stimmscheinen:

Stimmscheine sind unentgeltlich auszustellen und portofrei zu übersenden. Auslandsdeutsche erhalten die Stimmscheine von der Behörde derjenigen deutschen Gemeinde, in der sie persönlich erscheinen, um die Ausstellung zu beantragen. Es ist nicht erforderlich, daß sie in dieser Gemeinde längeren Aufenthalt nehmen oder sich polizeilich anmelden. Hiernach können die im Ausland nahe der deutschen Grenze wohnenden Reichsdeutschen den Stimmschein von der nächstgelegenen deutschen Grenzgemeinde ausgestellt erhalten, wenn sie vor dem Wahltage dort persönlich erscheinen. Jeder Stimmschein berechtigt zur Beteiligung sowohl an der Reichstagswahl wie an der Volksabstimmung.

Für die Stimmabgabe im Reiseverkehr werden auf einer Reihe von Bahnhöfen wieder besondere Abstimmungsräume eingerichtet.

Zusammensetzung der Ausschüsse

Nicht nur Mitglieder der NSDAP. vorgesehen.

Wegen der Berufung der Beisitzer und Stellvertreter des Kreiswahlausschusses hat der Minister die Kreiswahlleiter ersucht, mit der Gauleitung der NSDAP. in Verbindung zu treten. Damit die einwandfreie Durchführung der Wahl und Abstimmung auch nach außen in Erscheinung tritt, erscheint es ihm aber unerwünscht, wenn die Kreiswahlausschüsse ausschließlich aus Angehörigen der NSDAP. bestehen. Deshalb werden die Kreiswahlleiter sich von den Gauleitungen außer Angehörigen der NSDAP auch solche Persönlichkeiten vorschlagen lassen müssen, die, ohne der Partei anzugehören, der Gauleitung als national zuverlässig bekannt sind. Dieselben Grundsätze gelten für die Berufung der Abstimmungsvorstände.

Weiter erklärt der preußische Minister des Innern, eine amtliche Aufforderung zur Einreichung von Kreiswahlvorschlägen und Reichswahlvorschlägen komme nicht in Frage. Auch eine amtliche Aufforderung zur Abgabe von Verbindungs- und Anschlußerklärungen sei entbehrlich. Da nur ein einziger Wahlvorschlag zugelassen sei, führe er keine besondere Nummer.

Jacob Schmitz

die große, führende

Bielefelder Wäsche-Fabrik

liefert über ganz Deutschland direkt an Verbraucher zu niedrigen Preisen.

Herren-, Damen-, Bett- und Hauswäsche einzeln, sowie komplette Brautausstattungen.

Illustrierter Katalog, Mustersendung oder Vertreterbesuch auf Wunsch.

Die für die Reichstagswahl bestimmten Zettel sind auf weißem oder weißlichem Papier, die für die Volksabstimmung auf grünem Papier zu drucken.

Die Feststellung des Wahlergebnisses

Sehr wichtig sind die Bestimmungen, die der Minister für die Feststellung des Wahlergebnisses getroffen hat. Er hebt dabei drei Punkte besonders hervor:

Wenn in einem Umschlag nur ein Stimmzettel enthalten ist, z. B. nur ein Stimmzettel zur Volksabstimmung, so wird die Nichtabgabe einer Stimme zur Reichstagswahl nicht als „ungültige Stimme" zur Reichstagswahl betrachtet. Vielmehr beschränkt sich in einem solchen Falle der Abstimmende auf die Stimmabgabe zur Volksabstimmung, während er sich zur Reichstagswahl der Stimmabgabe enthält. Das gleiche gilt für den umgekehrten Fall.

Auch in den Fällen, in denen etwa ein Umschlag keinen Stimmzettel enthält, gilt die Abgabe des leeren Umschlages als Enthaltung von der Stimmabgabe sowohl zur Reichstagswahl wie zur Volksabstimmung. Somit gilt auch der völlig leere Umschlag nicht als ungültige Stimme, d. h. er wird weder bei der Reichstagswahl noch bei der Volksabstimmung als ungültige Stimme gezählt.

Nun soll die Stimmabgabe in der Weise erfolgen, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, unter dem vorgedruckten Worte „Ja", der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, unter dem vorgedruckten Worte „Nein" in den dafür vorgesehenen Kreis ein Kreuz setzt. Wenn jedoch ein Abstimmender auf irgendeine andere Weise seinen Willen kundtut, sei es, daß er das Wort „Ja" oder „Nein" einträgt, oder daß er eines der beiden Vierecke bezw. den Kreis durchstreicht oder ankreuzt, oder daß er eines der vorgedruckten Worte „Ja" oder „Nein" ausstreicht oder eines dieser beiden Worte anhakt, so ist der Stimmzettel gültig. Entscheidend ist also, daß der Wille des Stimmberechtigten unzweideutig zum Ausdruck kommt.

Um dem Verdacht von vornherein zu begegnen, daß die Abstimmungshandlung sowie die Ermittlung des Ergebnisses nicht in einwandfreier Weise vorgenommen wird, legt der Reichsminister des Innern besonderen Wert darauf, daß die Wahl- und Abstimmungshandlung sowie die Feststellung des Ergebnisses sich in völliger Oeffentlichkeit vollziehen.

Um etwaigen Mißverständnissen zu begegnen, wird von zuständiger amtlicher Stelle darauf hingewiesen, daß die Stimmabgabe selbst, also die Kennzeichnung des Stimmzettels, die ja bekanntlich in den Stimmzellen erfolgt, selbstverständlich geheim ist. Die diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen sind nach wie vor in Kraft. Unter der Wahl- und Abstimmungshandlung, die wie stets auch diesmal öffentlich ist, ist die Uebergabe des die Stimmzettel enthaltenden Briefumschlages an den Abstimmungsvorstand, der den Briefumschlag in Gegenwart des Stimmberechtigten in die Wahlurne zu stecken hat, zu verstehen. Im Reichswahlgesetz heißt es, daß zum Abstimmungslokal jedermann Zutritt hat, der nicht die Ruhe und Ordnung stört und solange das Abstimmungsgeschäft dadurch nicht behindert wird.

Wahlunterstützung durch die Behörden

Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, hat an die Reichsminister, Reichsstatthalter und alle Landesregierungen ein Schreiben gerichtet, in dem der Minister darauf hinweist, daß den hinter der Regierung stehenden Organisationen, in erster Linie der NSDAP., die an der Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung und Reichstagswahl entscheidend beteiligt ist, jede mögliche Unterstützung und Förderung durch die staatlichen und kommunalen Behörden zuteil werden muß. Der Minister bittet deshalb, soweit es die dienstlichen Erfordernisse zulassen, den Beamten, Angestellten und Arbeitern zu Zwecken der Wahl- und Abstimmungshilfe auf Antrag der genannten Organisationen bis längstens zum 13. November 1933 Dienstbefreiung oder Urlaub unter Fortzahlung ihrer Gebührnisse und ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub zu gewähren.

Der verantwortliche Schriftleiter der „Kattowitzer Zeitung", Weber, wurde von der Strafkammer wegen „Verächtlichmachung" des polnischen Staatspräsidenten Moscicki zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Die Hauskapelle auf dem Hasliberg.

Eine musikalische Plauderei,
die mit einer Verlobung endet.

Von W. Trittelvitz.

6. Ein Geheimnis. (Schluß.)

Der Hausvater des Hasliberghauses war der erste, der das Geheimnis erfuhr. Er hörte es, als er im Garten auf einer Bank saß, und als er es gehört, da machte er ein nachdenkliches Gesicht, stand auf und schnitt eine eben erblühte rote Rose ab. Die verbarg er unter seinem Rock, denn, so sagte er, „die andern brauchen es nicht zu wissen." Und dann ging er ins Haus und suchte nach der kleinen Cellistin. Ihr überreichte er den duftenden Gruß. Da wurde sie ebenso rot wie die Rose und lächelte verschämt. Was hatte das zu bedeuten?

Vor 1½ Jahren war es. Die Weihnachtsferien dauerten noch bis in den Januar hinein. Da kam am Anfang des neuen Jahres ein junger Arzt nach Bethel. Er war berufen worden, um auf der ärztlichen Missionsstation Bumbuli in Ostafrika dem leitenden Arzt Dr. Samuel Müller zur Seite zu stehen. Nun wollte er sich in Bethel noch ein wenig auf seinen Dienst vorbereiten. So geschah es, daß er eine Zeitlang mit der jungen Cellistin zusammen beim Mittagessen saß. Es ereignete sich nichts Besonderes, nur geneckt haben sich die beiden tüchtig.

Auf der Universität fangen die Osterferien bekanntlich schon am 1 März an. Die Cellistin, die Theologie studierte, um später nach Afrika in die Mission zu gehen, kehrte ins Elternhaus nach Bethel zurück. Der junge Doktor war immer noch da. Auf den Bergen des Teutoburger Waldes lag der Schnee Anfang März noch ziemlich tief. Da gab es Rodelfahrten in munterer Gesellschaft. Auf steilen Abhängen soll es in sausender Fahrt bergab gegangen sein. Der junge Doktor soll sich durch Tollkühnheit ausgezeichnet haben. Aber irgend etwas Besonderes war das auch nicht.

Der Doktor spielte Geige. Weil nun in Bumbuli die Musik gepflegt wird und dies ein gutes Mittel ist, um z. B. die deutschen Landsleute zu unterhalten, die im Krankenhause Erholung suchen, kam der Gedanke auf, der junge Doktor möchte das Geigenspiel, das er schon seit langem angefangen hatte, noch etwas vervollkommnen. Darum kam er jeden Tag in das Haus, in dem die Hauskapelle beheimatet ist, und nahm den Violinbogen in die Hand. Er gab sich große Mühe und machte erfreuliche Fortschritte. Aber das war auch nichts Besonderes.

Ostern kam heran, und bald danach fuhr der junge Doktor nach Hamburg, um das Schiff nach Afrika zu besteigen. Zufällig mußte die kleine Cellistin auch dorthin reisen, um einer Verwandten zu helfen, die mit ihren Kindern nach Brasilien zurückkehrte. So begegnete sie dem jungen Doktor in Hamburg. Er zeigte ihr sein Schiff. Zum Abschied sagte er: „Auf Wiedersehen in Afrika", und sie sagte fröhlich: „Ja, auf Wiedersehen in Afrika!" Aber sonst ereignete sich nichts.

Und nun kam am 9. August auf dem Hasliberge ein Brief aus Afrika an. Den hatte der junge Doktor an die kleine Cellistin gerichtet. Da war es, als ob man neben einem Klavier, dessen Pedal heruntergedrückt ist, auf einer Geige einen Ton streicht. Man braucht keine Taste des Klaviers anzuschlagen. Es fängt doch in ihm an zu klingen. So drang aus dem fernen Afrika ein Ton herüber auf den Hasliberg und fand Widerhall. Das, was vor 1½ Jahren wie ein Hauch gewesen war, das wurde immer mehr zum vollen Akkord.

Damit fliegt die Hauskapelle auseinander, denn die Cellistin reist nun bald nach Afrika. Der musikalische August 1933 auf dem Hasliberge war das Höhenerlebnis, aber auch zugleich der Ausklang der Hauskapelle. Ohne Cello kann man nicht mehr Streichquartett spielen.

Aber dafür taucht ein anderes Bild auf. Die beiden Aerzte in Bumbuli spielen Geige. Die Frau Doktor spielt vortrefflich Klavier. Wenn nun noch ein Cello dazu kommt, dann können die Musikanten vom Bumbuli hineingreifen in den reichen Schatz der Triosonaten, die die alten Meister geschaffen haben. Frau Dr. Müller spielt auch Geige. Warum sollte einer von den drei Geigern nicht auch Bratsche lernen? Das ist ja nicht schwer. Eine Bratsche für Afrika habe ich schon vor einigen Jahren einmal durch den „Aufwärts" erbettelt. Die schicke ich hinaus. Und wenn dann die Hauskapelle in Bethel verstummt, dann wird sie in Bumbuli um so fröhlicher Musik machen. Und von dieser Musik gilt dann auch das Wort des alten Schweizers auf dem Hasliberge: „Es ist doch alles zur Ehre unseres allerliebsten Heilandes."

N.S.D.A.P.-Ortsgruppe Bethel-Gadderbaum.

Am Mittwoch, den 25. Oktober, sprach Kreisleiter Pg. Dr. Löhr im völlig überfüllten großen Saal des Assapheums zu dem Thema: „Warum Reichstagswahl?" Der Redner ging aus von der Tatsache, daß Deutschland den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz verlassen hat und schilderte dann die Geschichte des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz. Der Völkerbund war nicht ein Organ für den Frieden, sondern eine Einrichtung, um über das ständig bußfertige Deutschland zu Gericht sitzen zu können. Die Parole des Hochverräters Erzberger: „Wir müssen alles zugeben!" beseelte die Politik des „großen Staatsmanns" Stresemann. In Locarno und Genf trieb Juden- und Freimaurergeist sein Unwesen. Locarno und der Dawesplan seien die Ergebnisse dieser Politik. Wenn man die Rheinlandräumung immer wieder als einen großen Erfolg hinzustellen versucht, so muß

Im Kampf für die Ehre

Der Kanzler in Hannover

Die Stadthalle in Hannover war von den Kämpfern der nationalsozialistischen Bewegung bis auf den letzten Platz gefüllt. Als der Führer erschien, brauste ihm ein Jubel entgegen, der Minuten währte. Auf dem Welfen-Platz hatten sich viele Zehntausende gesammelt.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Kultusministers Rust nahm der Führer das Wort.

Adolf Hitler

legte einleitend die Gründe dar, die ihn verpflichteten, neuerdings an das deutsche Volk zu appellieren.

Es sei zu allen Zeiten das Ergebnis des Krieges gewesen, daß ein Teil als Sieger und der andere als Besiegter aus ihm hervorging. „Wo wäre die Welt hingekommen, wenn das Ergebnis dieses Waffenkampfes nun die Grundlage der Beurteilung der Werte der Völker für unabsehbare Zeiten geworden wäre. (Sehr richtig, stürmischer Beifall.) Wo wäre die Welt hingekommen, wenn daraus die Völker das Recht abgeleitet hätten, für immer und ewig die Unterlegenen als Völker zweiter Klasse, zweiten Ranges, ja zweiten Lebensrechtes festzunageln und in dieser Stellung dann zu halten.

Die Welt hätte überhaupt keinen Frieden mehr erleben können. Es würde ein ewiger Haß die Menschen verzehren, denn keine Nation würde sich auf die Dauer diese diskriminierende Behandlung bieten lassen können. Der Sieger wird schließlich erfüllt sein von Unsicherheit über die inneren Gefühle des Besiegten, und damit kann keine Ruhe kommen und kein Friede mehr einkehren, kein Gleichgewicht der Kräfte mehr geschaffen werden.

„Haben wir sie beleidigt oder angegriffen? Haben wir sie verletzt, beschmutzt? Was taten wir ihnen? Nichts, im Gegenteil, wir haben nur für unser Volk gearbeitet und wollten ihnen die Hand reichen. Aber die andere Welt, sie hat kein Verständnis dafür. Das einzige, was wir wünschen müßten, ist, daß die Welt sich einmal überlegt, daß nicht nur sie eine Ehre hat, nicht nur England und Frankreich eine Ehre haben, sondern auch wir. (Stürmischer Beifall.) Ist es nicht einfach beschämend, daß in der Welt ein Pamphlet erscheinen kann, das sich als Braunbuch bezeichnet, jede Seite erlogen und erfunden, und daß wir nun gezwungen sind, durch das höchste Gericht in Deutschland Seite um Seite dieses Braunbuches durch zahllose Zeugen zu entkräften?

Die Welt hat kein Verständnis dafür, daß es nicht fair ist, ein Volk, das sich nicht wehren kann, in dieser Weise beschimpfen zu lassen (Beifall), daß es nicht fair ist, eine Nation so zu diskriminieren, bloß deshalb, weil sie einmal im Kampfe unterlegen ist. Bisher glaubte ich immer, daß man dem tapferen Soldaten in dem Moment, wo er kapituliert, militärische Ehren erweist. Die Welt hat eine andere Auffassung" Wenn man diese Behandlung Deutschlands fortsetze und glaube, dem deutschen Volke damit etwa auch in den Konferenzsälen entgegentreten zu können, dann müsse er allerdings sagen, daß die Welt das deutsche Volk von jetzt nicht richtig begreife.

„Ich habe mich in meinem ganzen Leben in keine illustre Gesellschaft hineingedrängt, von der ich annehmen konnte, daß ich nicht erwünscht bin und sie mich nicht als gleichberechtigt ansieht. Und ich möchte nicht, daß das deutsche Volk eine andere Meinung als Ausdruck seines politischen Charakters wählt. (Stürmischer Beifall.)

„Ich habe der Welt öfter als einmal feierlich versichert, daß wir aufrichtig die Verständigung wünschen, daß wir aufrichtig mit den anderen Völkern zusammengehen wollen. An dieser Versicherung wird sich nie etwas ändern, denn ich halte jeden Krieg in Europa für einen Wahnsinn. Er führt nur zur gegenseitigen Zerfleischung, ohne daß er wesentliches mehr ändern kann.

Welchen Beweis solle man denn noch für unsere Friedensliebe geben? Wenn ihr, meine Volksgenossen mich fragt, was sollen wir denn eigentlich noch tun, dann kann ich nur wiederholen, was wir tun sollen und tun müssen: Wir müssen uns zu unserem Recht bekennen, unsere Ehre wahrnehmen, hart sein und nicht zurückweichen. Das müssen wir tun. **An unserer Ehre lassen wir für die Zukunft nun nicht mehr rühren. Ich habe das Vertrauen, daß das deutsche Volk in dieser Stunde seine geschichtliche Aufgabe erkennt und daß es sich wie ein Mann zu sich selbst bekennen wird. Zu meinem Schutz und zu meinem Schirm brauche ich keine neue Volksabstimmung. Diesmal appelliere ich an Sie, daß Sie Ihre Pflicht erfüllen für sich selbst, für Ihre Kinder und damit für die Zukunft, daß Sie den Mut haben, lieber selbst Drangsal auf sich zu nehmen, als unsere gesamte Zukunft preiszugeben. Treten Sie ein für unser Volk, treten Sie ein für Deutschland!"** (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

Die Rede schloß mit dem Deutschland- und dem Horst-Wessel-Lied. Kultusminister Rust brachte noch einmal die Treue der Niedersachsen zum Führer zum Ausdruck. Nach brausenden Ovationen fuhr der Führer mit seinen Begleitern zum Welfenplatz, um an die deutschen Arbeiter, die sich in dem Riesenzelt versammelt hatten, und die durch den Lautsprecher Zeugen der Kundgebungen in der Stadthalle geworden waren, einige kurze Worte zu richten.

Der Führer am Rhein.

Das rheinische Volk jubelt dem Kanzler zu.

Köln, 26. Oktober. Eine fiebernde, ungeheure Spannung lag über der Riesenversammlung, als sich der Beginn der Kundgebung näherte und unter den Klängen des Präsentiermarsches einige hundert Fahnenträger sich einen engen Weg durch die wogenden Menschenmassen bahnten. Ein ungeheurer Jubelsturm erhob sich, als kurz darauf der Führer in der Halle eintraf. Immer wieder brandeten begeisterte Heilrufe auf, und kaum konnte sich Gauleiter Staatsrat Grohé zu einer kurzen Begrüßung des Führers Gehör verschaffen. In markigen Worten gelobte er dem Führer die treue Gefolgschaft des rheinischen Volkes.

Als dann der Führer das Wort ergreifen wollte, brausten immer wieder Heilrufe auf, und minutenlang mußte der Führer warten, bis sich der ungeheure Jubel der etwa 150 000 Menschen gelegt hatte.

Kaum zu beschreiben ist der Sturm der Begeisterung, der sich erhob, als der Führer gegen 21,30 Uhr seine Ausführungen schloß. Begeistert stimmte die Menge in das dreifache Sieg-Heil ein, das Gauleiter Staatsrat Grohé auf das deutsche Vaterland ausbrachte, und sang in tiefer Ergriffenheit das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied. Spontan klang sodann durch die Riesenhalle das Lied des Rheines „Es braust ein Ruf wie Donnerhall."

Nur langsam leerten sich die riesigen Hallen, traten die Abertausende von Menschen, ergriffen von dem großen Erlebnis, den Heimweg an.

Nicht allein Köln hat am heutigen Donnerstag ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Führer abgelegt, nein, die ganze Westmark war Zeuge dieser gewaltigen Kundgebung. Der Westdeutsche Rundfunk hatte die Uebertragung übernommen, und überall in den Dörfern und Städten der Westmark waren in den großen Sälen die Massen versammelt, um wenigstens auf diese Weise teilzuhaben an der gewaltigen Kundgebung.

Vertagung beschlossen

Die Arbeiten des Abrüstungshauptausschusses bis 4. Dezember unterbrochen.

Genf, 27. Oktober.

Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat in Uebereinstimmung mit der am Vortage vom Büro getroffenen Entscheidung beschlossen, seine Beratungen zunächst bis zum 4. Dezember zu unterbrechen. Inzwischen soll das Büro der Konferenz gemäß dem Vorschlage Hendersons die notwendigen Vorkehrungen treffen, um einen Abkommensentwurf auszuarbeiten, der dem Hauptausschuß am 4. Dezember zur Beratung vorgelegt werden soll. Wenn bis zum 4. Dezember ein Text noch nicht fertiggestellt sein sollte, soll das Büro ermächtigt werden, den Zusammentritt des Hauptausschusses eventuell noch weiter hinauszuschieben.

Das Büro der Konferenz tritt am 9. November wieder zusammen. Bis dahin ruhen die Arbeiten also vollständig.

Neuer Kommissar für Danzig

Der Ire Lester für drei Jahre gewählt.

Genf, 27. Oktober.

Der Völkerbundsrat wählte heute vormittag in geheimer Sitzung den bisherigen ständigen Vertreter Irlands beim Völkerbund, Lester, zum Völkerbundskommissar in Danzig. Der neue Danziger Völkerbundskommissar soll seinen Posten am 1. Januar des nächsten Jahres antreten. Bis dahin wird der bisherige Danziger Völkerbundskommissar Rosting, der inzwischen zum Direktor der Minderheitenabteilung des Völkerbundssekretariats ernannt worden ist, ersucht werden, die Geschäfte des Völkerbundskommissars in Danzig weiterzuführen.

Der neue Völkerbundskommissar in Danzig, Sean Lester, ist im Jahre 1889 geboren. Er trat im Jahre 1909 in die Sinnfein-Partei ein und nahm besonders als Journalist an den politischen Kämpfen teil, die sich in Irland bis zur Gründung des Freistaates im Jahre 1922 abspielten. Von da an gehörte er dem irländischen Außenministerium an und wurde im Jahre 1929 Ständiger Vertreter Irlands beim Völkerbund. In dieser Eigenschaft hat er sein Land in der Völkerbundsversammlung und im Rate vertreten. Zuletzt hatte er im Völkerbundsrat die Berichterstattung für die Minderheitenfrage.

Der Heeresausschuß des Senats pflichtete der Auffassung bei, daß die der französischen Hauptstadt so nahe Nordgrenze gegen Belgien durch ein Netz von Verteidigungsanlagen geschützt werden müsse.

Aufruf des Reichsbischofs

Kundgebung zum 450. Geburtstag Martin Luthers.

Zum 450. Geburtstag Dr. Martin Luthers am 10. November übergibt der Reichsbischof folgende Kundgebung der Oeffentlichkeit:

Am 10. November wird die evangelische Christenheit der Welt an eine der wichtigsten Zeiten der kirchlichen Geschichte erinnert. In Deutschland wurde Martin Luther geboren. Von hier gingen Wellen religiöser Erneuerung in alle Lande.

Am 10. November ds. Js. soll nicht zumeist der Ruhm des Menschen Martin Luther gesungen werden, sondern wir verkünden mit Luther den Ruhm des lebendigen Gottes, der die Geschicke der Völker und die Geschicke seiner Kirche lenkt und leitet.

Die Kirche der Reformation auf deutschem Boden gelobt an diesem Tage vor dem Angesicht Gottes, festzuhalten an dem ewigen Evangelium wie Luther es neu ans Licht gebracht hat. Weil Luther völlig erfaßt war von Christus, der gesagt hat: „Ich bin dazu in alle Welt gekommen, daß ich für die Wahrheit zeugen soll", wollte er auch nichts anderes, als eben diese Klarheit Gottes wieder klar und deutlich zur Geltung zu bringen. Weil darum die gesamte evangelische Christenheit des Reformators recht gedenke und sein Gedächtnis in Ehren halte, so muß sie dafür sorgen, daß Gottes ewige Wahrheit nicht verdunkelt, sondern in dieser Zeit der Lüge und Unwahrheit um so lauter und gewaltiger gepredigt und in die Tat umgesetzt wird.

Die deutsche Evangelische Kirche erlebt den 450 Geburtstag ihres Reformators in einer ernsten Schicksalsstunde des Vaterlandes. Unser Volk ist von seinem Kanzler aufgerufen, vor aller Welt zu bezeugen, daß es geschlossen hinter der Regierung steht. Wir deutschen evangelischen Christen nahmen die Errettung unseres Volkes durch unseren Führer Adolf Hitler als ein Geschenk aus Gottes Hand. Wir stimmen von ganzem Herzen zu, daß der Kanzler Leben und Ehre der Nation verteidigt; wir sind mit ihm eins in diesem echten und wahrhaften Friedenswillen gegenüber den anderen Völkern der Erde.

Es ist für uns Dank und Gehorsam gegen Gott, wenn wir mit unserer Regierung fest und unverbrüchlich zusammenstehen im Kampf für unseres Volkes Ehre und Freiheit.

Ich fordere darum alle evangelischen Kirchen und Gemeinden auf, sich der gewaltigen sozialen Aufgabe, die uns obliegt, bewußt zu werden und bei Gelegenheit, auch in Gottesdiensten und bei kirchlichen Feiern, die Gemeindemitglieder zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht am 12. November zu rüsten und zu festigen.

Bei dieser Gelegenheit und in diesem Zusammenhange muß ich mich aber auch an die gesamte Christenheit der Welt wenden um des guten Gewissens und um der Wahrheit willen. Bei dem großen Streit der Meinungen, die entstanden sind durch Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund, geht es ja um viel mehr als um die Dinge des äußeren vergänglichen Lebens. Es geht darum, ob im Leben der Völker und Menschen die Wahrheit herrschen soll oder die Lüge. Wir leben in Deutschland wie auf einer Insel, die umgeben ist von waffenstarrenden Völkern. Wir sind abgerüstet und wehrlos gemacht wie kein Volk der Erde. Uns ist teuer und heilig versprochen, daß alle Länder der Welt ihre Rüstungen einschränken würden, wenn Deutschland abgerüstet sei. Dieses Versprechen ist nicht gehalten. Dafür verstärken alle Völker rings um uns noch in wahnsinniger Verblendung ihre Rüstungen. Sie reden von Frieden und meinen den Krieg. Gegen die Herrschaft eines solch christusfeindlichen Geistes der Lüge und Unwahrheit rufe ich die gesamte Christenheit auf zu flammendem Protest. Aus solch gottesfremdem Geist kann kein ehrlicher und gerechter Frieden unter den Völkern werden. Haß und Zwietracht vergiften Menschen und Völker, sie bringen Unglück und Not über alle Länder. In dieser Notzeit, wo es um die entscheidende Frage geht, ob die Wahrheit oder die Lüge regieren soll, bitte ich alle christlichen Kirchen, im Kampf um die Wahrheit zusammenzustehen, damit wieder Gott die Ehre gegeben wird und Gottes Wahrheit die Völker erleuchtet und heiliget.

Grundzüge der Rechtsreform

Vier vorbereitende Ausschüsse

Das Reichskabinett hat jetzt die große Reform des deutschen Rechtes in Angriff genommen. Reichsjustizkommissar Dr. Frank hat zu diesem Zweck vier Ausschüsse gebildet, die die verschiedenen Reformen vorbereiten sollen. Der erste Ausschuß hat die Reform des Strafrechts vorzubereiten. In der Leitung dieses Ausschusses hat der Reichsjustizkommissar den Staatssekretär im preußischen Justizministerium, Dr. Freisler, zu seinem Stellvertreter ernannt, der mit der preußischen Denkschrift zur Strafrechtsreform bereits gute Vorarbeit geleistet hat. Man rechnet damit, daß in vier bis fünf Monaten das neue deutsche Strafgesetzbuch vollendet und vom Kabinett verabschiedet werden kann.

In einer Pressebesprechung äußerte sich der Reichsjustizkommissar Dr. Frank über die Grundsätze, die für die künftige Strafrechtsreform maßgebend sein sollen. In den Mittelpunkt des kommenden Strafrechts tritt nicht der Verbrecher als irgendwie schonungswertes Glied der Gesellschaft sondern die Gesellschaft als solche.

Das Strafrecht wird aufgebaut auf der großen Linie des Schutzes des starken, gesunden und fähigen Teils des deutschen Volkes gegenüber den kranken und unwürdigen Elementen des Untermenschentums und gesellschaftlicher Dekadenz.

Das Strafgesetzbuch wird mit dem künstlichen undeutschen Gegensatz von Moral und Sittlichkeit einerseits und Rechtsgefühl andererseits aufräumen. Dritter wesentlicher Grundsatz ist der Einbau von Sicherungsfaktoren. Vorschauend und vorbauend sollen die gefährlichen Teile der Gesellschaft in Sicherungsverwahrung genommen werden, wobei keinerlei Gefühlsduselei vorwalten soll. Ein weiterer Gesichtspunkt ist die Hereinnahme der rassischen Sicherung und Höherbewertung des Wertergebnisses aus den rassischen Substanzlagen des deutschen Volkes durch Ausschaltung der Fruchtbarkeit bei Gewohnheitsverbrechern und absolut zum Niedergang führenden Elementen. Auch die absolut schärfsten Ahndungen aller Verbrechen gegen den Staat, den Aufbau

---

heute dazu gesagt werden, daß dies eine ganz selbstverständliche Pflicht war, die sich aus den Verträgen ergab. Während Deutschland in geradezu krankhaftem Fanatismus abrüstete, umgaben sich unsere Nachbarländer mit ungeheuren Festungsgürteln und verfielen in einen unbeschreiblichen Rüstungswahnsinn, der sich angeblich gegen Deutschland richtete. Mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund hat Hitler diesen Staaten die Maske vom Gesicht gerissen. Heute haben sie keinen Sündenbock mehr in Genf, dem alle Schuld für die Aufrüstung zugeschoben werden kann. Dr. Löhr zeigte die Intrigen, mit denen man Deutschland in den letzten Wochen auf der Abrüstungskonferenz zusetzte. Hätten wir Genf nicht verlassen, so hätte man uns wiederum diktiert! Als Beweis für die jüdische Greuelhetze gab der Redner einige treffliche Proben aus der saarländischen „Freiheit" und dem in Holland erscheinenden „Neuen Tageblatt". Die Miesmacher und Abseitsstehenden griff der Kreisleiter außerordentlich scharf an. Sie sind es, die den Kommunismus stärken. Wir wollen Gott danken, daß er uns Adolf Hitler schenkte. Wer es immer noch nicht glaubt, wie nahe wir vor dem kommunistischen Chaos standen, der lese das Buch „Bewaffneter Aufstand". Der Redner zeigte sodann die Erfolge der Regierung auf und erläuterte besonders das für Bethel so wichtige Erbgesetz und die bevölkerungspolitischen Maßnahmen. Endlich ging er auf die Bedeutung der Reichstagswahlen ein. Der Führer braucht einen neuen Resonanzboden, der der Stimme des Volkes entspricht, um seine Maßnahmen vor der Welt rechtfertigen zu können. Darum muß sich jeder deutsche Volksgenosse am 12. November zum Vaterland und seiner Regierung bekennen. Es geht nicht um Parteien und Personen, sondern um Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Wer darum am Wahltag sich nicht zu den Maßnahmen unserer Regierung bekennt, ist ein Landes- und Hochverräter. Darum tue jeder seine Pflicht. Es geht um Deutschland.

der Wirtschaft, die Rechtsautorität und die Wehrsicherheit des deutschen Volkes sollen in das neue Strafgesetzbuch eingebaut werden.

Landesverrat steht an der Spitze aller denkbaren Verbrechen und wird mit den schärfsten Strafen und Schrecknissen bedroht werden.

Der zweite Ausschuß hat die Reform des deutschen Zivilprozesses vorzubereiten und steht unter Leitung von Geheimrat Prof. Kisch-München, eines der besten Kenner der Zivilprozeßmaterie in der ganzen Welt. Der dritte Ausschuß beschäftigt sich mit der Reform des gesamten bürgerlichen Rechts in Deutschland. Er wird in eine Reihe von Unterausschüssen aufgegliedert werden. Der letzte Ausschuß hat die Aufgabe der Reform des allgemeinen Wirtschaftsrechts. Hier gilt es, die Leitsätze des Führers allmählich in Rechtsformen zu gießen.

Zivilprozeß wird beschleunigt

Gegen Verschleppung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten.

Die Reichsregierung hat ein Gesetz zur Aenderung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten beschlossen. Von allgemeiner grundsätzlicher Bedeutung ist dabei der in das Gesetz aufgenommene Satz, daß die Parteien ihre Erklärungen über tatsächliche Umstände vollständig und der Wahrheit gemäß abzugeben haben. In Zukunft wird es keiner Partei gestattet werden, das Gericht durch Unwahrheiten irrezuführen oder seine Arbeitskraft durch böswillige oder nachlässige Prozeßverschleppung zu mißbrauchen. Dem Richter wird zur Aufgabe gemacht, durch straffe Leitung des Verfahrens und in enger Fühlung mit den Parteien dahin zu wirken, daß jede Streitsache nach gründlicher Vorbereitung möglichst in einer einzigen Verhandlung aufgeklärt und entschieden wird. Der Richter hat Vertagungen, die nicht tatsächlich dringend geboten sind, zu vermeiden und zu verhindern, daß ein Verfahren durch verspätetes Vorbringen verschleppt wird.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Befreiung des Richters von den letzten, aus früheren Zeiten überkommenen formalen Beweisregeln. Das Gesetz ersetzt die Beeidigung auf einen vorher durch Beschluß oder Urteil wörtlich festgelegten Satz durch die zeugenschaftliche Parteienvernehmung. Als Tag des Inkrafttretens der neuen Vorschriften ist der 1. Januar 1934 bestimmt.

Bei einer Erläuterung des Gesetzes vor der Presse hob Reichsjustizminister Dr. Gürtner die Notwendigkeit hervor, die Zahl der Eide im Zivilprozeßverfahren zu vermindern, um die Würde des Eides nicht zu schmälern.

Zum Schluß kündigte Minister Dr. Gürtner an, daß in der nächsten Woche das Kabinett auch eine strafprozeßrechtliche Novelle verabschieden werde, die die Ueberschrift trage: „Kampf gegen den Gewohnheitsverbrecher."

Preußischer Nachtragsetat

3,5 Millionen RM Einnahme aus dem beschlagnahmten Vermögen staatsfeindlicher Organisationen.

Das preußische Staatsministerium hat entsprechend den Vorschlägen des Finanzministers Prof. Dr. Popitz einen Nachtragshaushalt beschlossen, der mit 46,2 Millionen RM in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen ist. Auf der Einnahmeseite sind neben einer neuen Einnahme von 3,5 Millionen Reichsmark aus den beschlagnahmten Vermögenswerten staatsfeindlicher Organisationen erhebliche Ersparnisse bei dem Zinsenfonds der Staatsschuld hervorzuheben. Auch wirken sich hier die einschneidenden Sparmaßnahmen auf den verschiedensten Gebieten aus. Auf der Ausgabenseite stehen die Aufwendungen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und solche infolge der Reorganisation der Verwaltung und der Umbildung von Behörden im Vordergrund.

„Graf Zeppelin"

wieder in Akron. — Rückflug am Sonnabend.

Neuyork, 26. Oktober. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" traf von Chikago kommend wieder in Akron ein und ist dort um 23,15 Uhr MEZ glatt gelandet. Das Luftschiff wird nunmehr gründlich überholt und tritt am Sonnabend morgen seinen Rückflug nach Europa an.

Verschiedenes.

Einordnung des Zentralausschusses in die Evangelische Kirche. Zwischen dem geistlichen Ministerium und dem Zentralausschuß für Innere Mission wurde ein Abkommen getroffen, das im wesentlichen folgendes besagt:

1. Der Zentralausschuß bleibt als selbständige Organisation erhalten.

2. Von der Kirchenregierung werden 2 Abteilungen für Innere Mission eingerichtet.

a) Zusammenfassung der Männer-, Frauen- u. Elternverbände,

b) das besondere Arbeitsgebiet des Zentralausschusses.

3. An der Spitze dieser Abteilungen steht ein Referent im geistlichen Ministerium, und zwar wird der Referent der ersten Abteilung zum Präsidenten und damit zum Reichsführer der Inneren Mission bestellt. Als solcher ist er für den Gesamtbereich der Inneren Mission der Reichskirchenregierung verantwortlich. — Der Referent der zweiten Abteilung wird vom Zentralausschuß zu seinem Direktor bestellt. Als solcher ist er dem Zentralausschuß verantwortlich. Zum Reichsführer der Inneren Mission ist Pfarrer Themel, als Direktor Pfarrer Horst Schirmacher in Aussicht genommen. Generalsuperintendent D. Karow wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt.

•

30 Jahre im Dienst der Volkswohlfahrt. Prof. Dr. Gonser feierte am 10. Oktober sein dreißigjähriges Jubiläum als Direktor des Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus. Schon früh lernte Prof. Gonser die tiefgehende Bedeutung der Alkoholnot als Gefängnispfarrer in Heilbronn kennen. 1903 wurde er als Geschäftsführer des Deutschen Vereins nach Berlin berufen, 1910 wurde ihm vom preußischen Ministerium des Innern der Ehrenprofessor verliehen, 1922 der Ehrendoktor der medizinischen Fakultät Tübingen. Ferner wurde die Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus von ihrer Gründung an (1921) bis 1926 ehrenamtlich durch Prof. Gofer geführt, und auch in der neu geschaffenen Reichsfachgemeinschaft zur Bekämpfung des Alkoholismus ist Prof. Dr. Gonser zum ersten Vorsitzenden ernannt worden. Seiner überragenden Perfönlichkeit hat die deutsche alkoholgegnerische Bewegung viel zu danken. Wir entbieten dem rüstigen Kämpfer herzliche Grüße.

Wechsel in der Hamburger Auswanderermission. Der langjährige Leiter der Evang.-luth. Auswanderermission in Hamburg, Pastor Dr. Wagner, ist von seinem Posten zurückgetreten, um ein Pfarramt in Thüringen zu übernehmen. Dr. Wagner war besonders bekannt durch seine gute Kenntnis der Verhältnisse des Deutschtums in den Vereinigten Staaten und Canada An seine Stelle tritt der Geschäftsführer des Rauhen Hauses, Pastor Birnbaum, der auch über Auslandserfahrungen verfügt. So können nach wie vor Auswanderer auf die Notwendigkeit und Möglichkeit hingewiesen werden, die sich bei den Evangelischen Auswanderermissionen in Hamburg, Rautenbergstr. 11, und in Bremen, Georgstraße 22, unentgeltlich sichere und zuverlässige Auskunft zu holen. Gerade in der Gegenwart sollte die Auswanderung nur dahin gelenkt werden, wo sie zur Erhaltung des Auslandsdeutschtums notwendig ist.

•

Verbindungsstelle für Arbeitsdienst und Siedlung. Darüber wird von der zuständigen Stelle folgendes mitgeteilt: „Vom Reichsernährungsministerium, der Reichsleitung des Arbeitsdienstes und der Reichsstelle für Siedlerberatung, Berlin, ist bei der hiesigen Regierung eine Verbindungsstelle „Arbeitsdienst und Siedlung" errichtet worden, deren Leitung dem bereits seit mehreren Jahren in der praktischen ländlichen Siedlungsarbeit tätigen Herrn Dr. Schulz übertragen worden ist. Die Stelle hat nun die Aufgabe, im Zusammenwirken mit der hiesigen Regierung und den zuständigen Stellen des Arbeitsdienstes eine sorgfältige Auslese aller der Arbeitsdienstwilligen aus dem Regierungsbezirk Osnabrück und dem Lande Oldenburg zu treffen, die für die Ueberführung nach ihrer Entlassung aus den Arbeitsdienstlägern in die Landwirtschaft und Siedlung jeder Form geeignet erscheinen, so daß sie u. U. späterhin durch Uebernahme einer Siedlerstelle sich eine eigene ländliche Existenz zu schaffen in der Lage sind. Außerdem wird die Stelle in Zusammenarbeit mit den zuständigen Gau-, Gruppen- und Lagerführern des Arbeitsdienstes darauf hinwirken, daß dieser möglichst planmäßig überall dort zur Einsetzung kommt, wo Vorarbeiten für die Durchführung ländlicher Siedlungsverfahren im Rahmen der Aufschließung des nordwestdeutschen Oedland- und Moorbezirkes erforderlich sind. Die Verbindungsstelle steht zur Bearbeitung aller der Fragen zur Verfügung, die mit dem Einsatz des Arbeitsdienstes in der Siedlung und mit der Ueberführung geeigneter Arbeitsdienstwilliger in ländliche Verhältnisse im Zusammenhang stehen. Sie ist unter Fernruf: Osnabrück 3915 zu erreichen."

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde in Bethel. Sonntag, den 29. Oktober 1933, 20. S. n. Trin. Sonnabend 19,10 Uhr: Beichte und Abendmahl in Zion: Pastor Jungblut. Sonntag 8½ Uhr: Pastor Merz; 9 Uhr: Pastor Tegtmeyer; 10 Uhr: Pastor Bischoff; 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Montag 20¼ Uhr: Gosen, Gemeindebibelstunde. Dienstag 9 Uhr: Sarepta, Reformationsgottesdienst für die Schulen: Pastor Frick. Donnerstag 19½ Uhr: Pastor Meyer.

Schildesche. 10 Uhr vorm.: Gottesdienst, Pastor Hopmann; 1½ Uhr nachm.: Kindergottesdienst. Dienstag, den 31. Okt. 1933: 9½ Uhr vorm.: Reformationsgottesdienst, Pastor Neuhaus.

†

Totensonntag 1933

Ein vierseitiges, mit Bildern geschmücktes Flugblatt, zum Trost und Nachdenken für den Totensonntag. Es möchte eine Handreichung sein für alle, die an diesem Tag an schwere und ernste Stunden erinnert werden.

Das Blatt ist zum Verteilen an die Besucher der Friedhöfe und Kirchen besonders geeignet und ist zu beziehen durch den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus", Bethel bei Bielefeld
Postscheckkonto Hannover 7382.

Jedes Stück kostet 2 Pfg. und Porto. Von 100 Stück ab portofrei. Von 500 Stück ab 25 % Rabatt. Von 1000 Stück ab 40 % Rabatt. Von 5000 Stück ab 50 % Rabatt. — Probenummern kostenlos.

Obstbäume, Beerensträucher
beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Blumenzwiebeln, Erdbeerpflanzen
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die

Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld



Christl Bettfedern
1 Pfd. graue 0.50 M., halbweiße 1.20 M., weißer Rupf 1.90 M., schneeweiße Spez. 2.25 u. 3.80 M., hal. w. Spez 2.70 M., feinste weiße Halbdaune 4.90 M., graue Daune 5.30 M., weiße Volldaune 6.30 und 7.20 M., Oberbetten von 14.00 M. an, Kissen von 4.50 M., Unterbetten v. 8.90 M. an aufwärts. Von M. 20.00 an franko. Nichtpass. Geld zurück. Muster u. Preisl. umsonst.
Josef Christl Nachf., Cham 315 Bayer. Ostmark. — Schenken Sie uns Vertrauen, es lohnt sich.

Hasliberghaus Goldern
Evang. Erholungsheim an wundervoller Alpenlage des Berner Oberlandes, 1060 m, sorgfältigste Verpflegung (auch Diät und Rohkost). Geistigregie, freudig. Hausgemeinsch. Erfolgreiche Herbst- und Winterkuren. Illustrierten Prospekt vom Hausvater
Dr. Rud. Burckhardt, Pfarrer.

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch 10-Pfd.-Eimer Mk. 5,— franko
Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261/A.

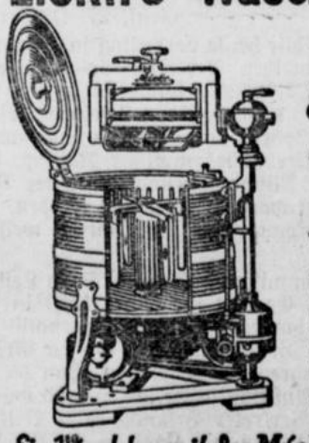
EISO Stahl-Holz-**Betten** Schlafzim., Polster, Stahlmatratzen an jeden, Teilz. Kat. fr. Eisenmöbelfabrik Suhl, Th.

Wo fehlt tüchtiger Kaufmann?

In leitender Stellung gewesener Kaufmann sucht Anstellung, Vertretung oder Teilhaberschaft oder Geschäftsübernahme mit einigen Tausend Mark. Vertraut mit Export, Import, Transportwesen und Fabrikation.

Nur reelle Angeb. an die Geschäftsstelle des Aufwärts unter A 3588.

Miele
Elektro-Waschmaschine Nr. 150



Eine Maschine, über die es nur eine Stimme des Lobes gibt.

Verdecktes Getriebe, geräuschloser Lauf, schwenkbarer Wringer mit dicken, weichen Gummiwalzen.

Ein Waschtag mit der Miele Nr. 150 ist ein Fest!

Zu haben in den Fachgeschäften.

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.

Zum Reformationsfest

das Zeitungsnachrichten zufolge auf den 19. November verlegt ist (an dem üblichen Schulgottesdienst am 31. Oktober soll festgehalten werden) wird eine Sondernummer unserer Jugendblätter

„Kindergabe" und „Unser Ziel"

herausgegeben, die hauptsächlich für den Schulgottesdienst bestimmt sind. Bezugspreis pro Blatt ½ Pfennig. — Bestellungen erbittet

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Bethel bei Bielefeld

Bethel.

— Küken zugelaufen. Abzuholen Badeweg 9.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.